

Schwerpunktdebatte: Ländliche Räume

Ländliche Räume stärken

Kernanliegen der CSU-Landesgruppe ist es, die Chancen der ländlichen Räume herauszustellen und das berechnete Selbstbewusstsein dieser Regionen auszubauen. Ländliche Räume haben Zukunft. Sie brauchen gute Entwicklungschancen. Dies ist die Botschaft einer Antragsinitiative, über die der Deutsche Bundestag am Donnerstag ausführlich beraten hat.

Ländliche Räume sind kein Anhängsel von Ballungsräumen

Wer die ländlichen Räume auf ausschließlich nachrangige Aufgaben wie Naturschutz und Erholung reduziert, wird ihrer Bedeutung und Lebenswirklichkeit nicht gerecht. Sie sind vielmehr selbstbewusste Lebens-, Wirtschafts- und Kulturräume. Die zentrale Forderung der CSU-Landesgruppeninitiative „Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ lautet deshalb, dass ländliche Räume und Ballungsräume eine gleichwertig und gleichberechtigt gute Entwicklung haben müssen.

Stärken des ländlichen Raumes

Die ländlichen Räume bieten den Menschen eine hohe Lebensqualität. Der in städtischen Lagen schwierige Eigenheimbau ist hier noch ebenso möglich wie Gewerbeansiedlungen. Kommunen mit einer guten Gewerbegebietspolitik haben in den letzten Jahren die Voraussetzungen für qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Im ländlichen Raum gibt es noch einen intakten Mittelstand, der moderne und zukunftsorientierte Arbeitsplätze bietet. Auch sind die Sozialbindungen im ländlichen Raum noch stärker ausgeprägt. Der ländliche Raum ist nach wie vor geprägt von engagierten Bäuerinnen und Bauern. Ihre Betriebe entsprechen in ihrer Bedeutung mittelständischen Unternehmen.

Integrierte ländliche Entwicklung

Um die Chancen des ländlichen Raumes nutzen zu können, sind vor Ort integrierte, nachhaltige und vor

allem auch Gemeindegrenzen überschreitende Konzepte erforderlich. Dabei müssen die Potenziale der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden.

Die nationalen und europäischen Programme für den ländlichen Raum sind weiterzuentwickeln und den kommenden Anforderungen anzupassen.

Umfassende Breitbandversorgung

Viele Ansiedlungen, ob im privaten oder betrieblichen Bereich, werden heute davon abhängig gemacht, ob leistungsfähige Internet-Anbindungen vorhanden sind. Das Förderprogramm der CSU-Bundesminister Horst Seehofer und Michael Glos wird den Ausbau der Breitbandinfrastruktur vorantreiben. Dabei muss klar sein, dass dazu auch verstärkt finanzielle Mittel notwendig sind.

Bio-Energie: Wertschöpfung im ländlichen Raum

Die Landwirte haben die Chance, einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit regenerativer Energie zu leisten. Die Wertschöpfung muss dabei im ländlichen Raum und vorwiegend bei den Produzenten der Rohstoffe bleiben. Der Genossenschaftsgedanke sollte hierzu neu belebt werden. Die geplante Förderung von Wärme- und Biogasleitungen zur Nutzung der bei der Stromerzeugung aus Biomasse anfallenden Gase und Wärme ist ein wichtiger Ansatzpunkt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

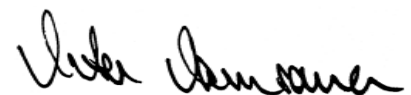
politische Entscheidungen stehen zumeist in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen dem Erfordernis staatlicher Reglementierung und der Forderung nach eigenverantwortlichem Handeln. Dies gilt gerade auch für das Thema Mindestlohn.



Die Kernfrage lautet: Wie lässt sich der Anspruch von Beschäftigten auf eine angemessene Bezahlung verwirklichen, ohne zugleich unangemessen in das Prinzip der freien Lohnfindung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen? Unsere Antwort in dieser Frage ist klar: Im Zweifel gegen staatliche Lohneingriffe. Die Verankerung eines gesetzlichen Mindestlohns an den Tarifpartnern vorbei kann nicht in Frage kommen. Wenn aber die Tarifpartner in klar definierten Ausnahmefällen auf die Politik zugehen, um ihre Lohnvereinbarungen für allgemeinverbindlich erklären zu lassen, dann wollen wir unter bestimmten Bedingungen dieser Aufforderung nachkommen. Im Bereich der Briefdienstleistungen war dies der Fall. Die Entscheidungsfindung in dieser Frage war und bleibt ein schwieriger Balance-Akt. Dies gilt erst Recht unter den Bedingungen einer Großen Koalition. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn jetzt Wettbewerber der Post AG vom Bundesverfassungsgericht klären lassen wollen, ob die beschlossene Mindestlohn-Regelung nicht doch eine unzulässige Beschränkung des Wettbewerbs oder der Tariffreiheit darstellt.

Die Politik bleibt ein spannender Abwägungsprozess. Nach den beachtlichen Erfolgen der CDU/CSU-geführten Regierungskoalition für unser Land gilt dies sicher auch für unsere weitere Arbeit. Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich mit Blick auf den Jahresausklang ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Start ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Gesellschaftspolitik

Initiative für verbesserten Kinderschutz ergreifen

Nach den jüngsten Kindstötungen durch Eltern und eklatanten Fällen von Vernachlässigungen ist dringend eine Initiative des Bundes für einen besseren Kinderschutz zu ergreifen. Bund, Länder und Kommunen sollten hierzu ein Netz für Kinder knüpfen. Ein wichtiger Ansatz ist die Weiterentwicklung der kindlichen Vorsorgeuntersuchungen.

Intakte und starke Familien sind der beste Kinderschutz. Deshalb ist es konsequent und notwendig, wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Familienpolitik zu richten. Genau diesen Weg hat die unionsgeführte Regierungskoalition beschritten. Mit dem Elterngeld als neuer familienpolitischer Leistung sind die Rahmenbedingungen für junge Familien entscheidend gestärkt worden.

Um einen verbesserten Kinderschutz zu gewährleisten, ist nicht nur die Politik gefordert. Vielmehr ist dieses Anliegen im Interesse der Schwächsten in unserer Gesellschaft auch und gerade eine Frage der Zivilcourage und bürgerschaftlichen Engagements. Die Kultur des Wegsehens muss ein Ende haben.



Die Ausstattung der Kinder- und Jugendämter ist zu verbessern, die Elternkompetenz zu steigern und passgenaue Hilfen für Familien in besonderen Belastungssituationen zu entwickeln. Zudem sollten die Vorsorgeuntersuchungen weiterentwickelt werden. Sie müssen so konzipiert werden, dass man genau hinschaut, ob es Anzeichen für Kindesvernach-

lässigung gibt. Zudem sollten die Untersuchungsintervalle verdichtet werden.

Alle Eltern müssen animiert werden, die von den Krankenkassen bezahlten Untersuchungen für ihre Kinder auch wahrzunehmen. Aus Sicht des Bundes kommt dabei die Bildung eines Bonus- und Anreizsystems in Frage. Darüber hinaus haben die Länder die Möglichkeit, auch Verpflichtungen auszusprechen. Eine weitere Option ist die Kopplung bestimmter Leistungen an die Wahrnehmung der Vorsorgeuntersuchungen. In Bayern etwa soll künftig das Landeserziehungsgeld nur gegen Teilnahmenachweis an den Untersuchungen gewährt werden.

Diese Woche

Schwerpunktdebatte: Ländliche Räume Ländliche Räume stärken	S. 1
Gesellschaftspolitik Initiative für verbesserten Kinderschutz ergreifen	S. 2
EU-Reformvertrag Baldige Ratifizierung anstreben	S. 2
Kommunalpolitik Verlässliche Partnerschaft zwischen Bund und Kommunen	S. 3
1. Lesung der Pflegereform Bei Pflegeberatung keine Doppelstrukturen schaffen	S. 4
Bayerische Landfrauen zu Besuch in Berlin Engagement für die Zukunft der ländlichen Räume gewürdigt	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

EU-Reformvertrag

Baldige Ratifizierung anstreben

Die Unterzeichnung des EU-Reformvertrags der Europäischen Union durch die Staats- und Regierungschefs in Lissabon ist ein Sieg der politischen Vernunft. Er leitet die notwendigen Reformen in der Europäischen Union ein, verzichtet aber auf überflüssige Symbole und Pseudo-Staatlichkeit.

Wichtig ist, dass die Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrages erhalten wurde. Insbesondere ist zu begrüßen, dass im Vertrag eine genauere Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten festgeschrieben wurde. Der wahllosen Einmischung der EU in nationale Angelegenheiten muss ein Riegel vorgeschoben werden. Europa darf nur dort aktiv sein, wo es einen klaren Mehrwert für die Bürger bringt.

Auch die Stärkung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments sowie die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit sind wichtige Elemente des Reformvertrags. Es wird sich zeigen, ob es gelingt, diese richtigen institutionellen Reformen

auch umzusetzen. Transparenz und Subsidiarität dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch konkrete Folgen für die europäische Politik haben. Ein erneutes Kompetenzwarrwarr und Gefeilsche um Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission kann sich Europa nicht leisten.

Bereits bei den Verhandlungen zum Reformvertrag wurde deutlich, dass einzelne Mitgliedstaaten Europa als Spielwiese für ihre nationalen Eigeninteressen missbrauchen. Dies darf nicht länger hingenommen werden. Deshalb kommt es jetzt darauf an, das Erreichte zu sichern und den Reformvertrag so bald wie möglich in allen Mitgliedsstaaten zu ratifizieren.

Kommunalpolitik

Verlässliche Partnerschaft zwischen Bund und Kommunen

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch hatte die CSU-Landesgruppe am letzten Samstag Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie kommunale Mandatsträger aus ganz Bayern nach Ingolstadt eingeladen. Dabei stellten sich die CSU-Bundestagsabgeordneten einem offenen Dialog über das, was nach zweijähriger Regierungsverantwortung im Bund bislang für die Kommunen erreicht wurde. Zugleich diskutierten beide Seiten in aller Offenheit, wie eine faire Partnerschaft zwischen dem Bund und den Kommunen gestaltet bzw. gesichert werden kann.

Zu Beginn der Veranstaltung zog der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer eine positive Halbzeitbilanz der Berliner Koalitionsarbeit. So habe die CSU-Landesgruppe als Anwalt insbesondere der bayerischen Gemeinden, Städte und Kreise in der Großen Koalition einige wichtige Weichenstellungen erreicht. Im Bereich der Familienpolitik verwies Dr. Ramsauer auf den beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige bis 2013. Dabei lässt der Bund die Kommunen nicht allein und beteiligt sich an den Investitions- und Betriebskosten zu einem Drittel. Mit der Einführung eines Betreuungsgelds ab 2013 wird den Familien absolute Wahlfreiheit gewährt und auch die häusliche Erziehungsleistung junger Mütter und Väter gewürdigt.

Dass gerade auch die Kommunen vom Aufschwung profitieren, ist an den finanzpolitischen Kennziffern abzulesen. Die Steuereinnahmen der Kommunen sprudeln. Ihre Einnahmen sind 2006 um 5 % gestiegen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren erzielen die Kommunen Finanzierungsüberschüsse. Im laufenden Jahr wird das positive Saldo auf 5 Mrd. Euro steigen.

Von der Mitte des Jahres verabschiedeten Unternehmensteuereform werden die Städte und Gemeinden nachhaltig profitieren. Die

angestrebte Aufkommensneutralität für die Kommunen ist erreicht. Im Jahresaufkommen verbleibt für die Kommunen sogar ein Plus von 68 Mio. Euro. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe wäre eine durchgreifende Reform der Kommunalfinanzen, die



v.l.n.r.: Hartmut Koschyk, Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, Horst Seehofer und Dr. Peter Ramsauer

diese auf eine solide Basis gestellt hätte, dringend nötig gewesen, so Dr. Ramsauer weiter. Dies sei jedoch mit den Sozialdemokraten nicht machbar gewesen. Erreicht werden konnte jedoch, dass das Aufkommen der Gewerbesteuer durch die veränderten Hinzurechnungen insgesamt unverändert bleibt.

In seinem Impulsreferat verwies Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf die deutlich verbesserten Zukunftschancen der bäuerlichen Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Ländliche Räume seien für die CSU keine Resträume der Metropolregionen sondern bedeutende Lebens- und Wirtschaftsräume.

In drei anschließenden Gesprächsrunden wurden die Themenblöcke Kommunen und Finanzpolitik, Kommunen und Sozialpolitik sowie Kommunen und ländlicher Raum diskutiert. Dabei richteten die kommunalen Spitzenvertreter Dr. Bernhard Gmehling als Oberbürgermeister der Stadt Neuburg an der Donau, Oberbürgermeister Hans Schaidinger als Vorsitzender des Bayerischen Städte- tages, Manfred Hölzlein als Präsident der bayerischen Bezirke sowie Landrat Luitpold Braun als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU klare Erwartungen an die in Ingolstadt versammelten Vertreter der CSU-Landesgruppe. So müsse die kommunale Finanzautonomie auf der Einnahme- wie auf der Ausgabe- seite immer wieder beachtet und vor allem gesichert werden. Fragen wie die künftige Krankenhausfinanzierung oder die finanzielle Unterfütterung eines beschleunigten Infrastrukturausbaus im ländlichen Bereich müssten verstärkt im Dialog mit den Kommunen und nicht über ihre Köpfe hinweg entwickelt werden.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschyk sicherte den kommunalen Spitzenvertretern zu, die angesprochenen Themenfelder Stück für Stück abzuarbeiten und dabei den engen Kontakt zu den Kommunen zu halten.

Zunächst kein weiterer Fachkräftezug

Die Bundesregierung will dem Fachkräftemangel nicht mit einer weiteren Lockerung der Zuwanderungsregeln begegnen, sondern zunächst auf die Ausbildung im eigenen Land setzen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos nutzten den IT-Gipfel in Hannover, um vor 500 Spitzenvertretern aus der Computerwirtschaft und -wissenschaft klarzumachen, dass die Qualifizierung heimischer Fachkräfte Vorrang vor der weltweiten Anwerbung von IT-Kräften haben müsse.

Elterngeld bremst offenbar Geburtenrückgang

Das neue Elterngeld animiert Wissenschaftlern zufolge offenbar zu mehr Kindern. Der Geburtenrückgang fiel dieses Jahr deutlich geringer aus, als zu erwarten gewesen wäre. Das berichtet das Berliner Institut für Gesundheits- und Sozialforschung IGES. Den Gesetzen der Demografie folgend hätten dieses Jahr 11.000 Kinder weniger geboren werden müssen als im Jahr zuvor, denn es gibt etwa 200.000 Frauen weniger im gebärfähigen Alter. Tatsächlich aber wird die Zahl der Geburten nur um rund 1.700 gegenüber dem Vorjahr sinken, so dass etwa 9.300 Kinder entgegen dem demografischen Trend und ganz offenkundig wegen des seit diesem Jahr wirksamen Elterngeldes geboren werden.

1. Lesung der Pflegereform

Bei Pflegeberatung keine Doppelstrukturen schaffen

Mit der allgemein begrüßten Reform der sozialen Pflegeversicherung erfüllt die Große Koalition eine zentrale Zusage an Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen: Die Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung wird erhalten und ausgebaut. Die CSU-Landesgruppe sieht für die nun begonnenen parlamentarischen Beratungen Gesprächsbedarf insbesondere zum Thema Pflegestützpunkte.

Im Entwurf des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes sind mit den Pflegestützpunkten und den Pflegeberatern zwei Elemente vorgesehen, die für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen flächendeckend Beratungs- und Lotsenfunktionen sicherstellen sollen. Zweifelsfrei sind solche begleitenden Hilfen sinnvoll und notwendig. Aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten Jahrzehnten wird es einen zunehmenden Bedarf an Informationsleistungen rund um das Thema Pflegeversicherung geben.

Diese Informationen sollten verständlich und wohnortnah vermittelt werden. Bereits im geltenden Recht sind eine Vielzahl von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vorgesehen. Es kommt in erster Linie darauf an, diese effizient und

patientennah auszugestalten, statt neue Instrumente und Strukturen zu schaffen.



Die Regelungen im Gesetzentwurf sehen ein Nebeneinander von Pflegestützpunkten und Pflegeberatung vor und scheinen organisatorisch und finanziell nicht ausgegoren. Sie nehmen weder Rücksicht auf vorhandene Strukturen, noch sind die Kosten nachvollziehbar. Der mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vorgesehene Aufbau von Pflegestütz-

punkten muss vor dem Hintergrund vorhandener Erfahrungen kritisch betrachtet werden. Die für den Aufbau der Pflegestützpunkte veranschlagten Finanzmittel sollten besser zusätzlich für die Demenzversorgung eingesetzt werden. Das Geld der Versicherten gehört an die Betten der Pflegebedürftigen und nicht an Verwaltungsschreibische.

Die vorgesehene Schaffung von Pflegestützpunkten (ein Pflegestützpunkt für 20.000 Bewohner) verfolgt zwar den Grundsatz einer besseren Pflegeberatung, letztendlich werden aber Doppel- oder Mehrfachstrukturen aufgebaut. In vielen Ländern gibt es bereits nicht nur durch die Pflegekassen, sondern u. a. auch durch die Kommunen und ehrenamtliche Stellen ein gutes und flächendeckendes Netz von Beratungen. Dieses wäre durch den Aufbau von Pflegestützpunkten gefährdet.

Bayerische Landfrauen zu Besuch in Berlin

Engagement für die Zukunft der ländlichen Räume gewürdigt

Mit einem Empfang in der Bayerischen Landesvertretung begann am Montag ein viertägiger Besuch einer 34-köpfigen Gruppe bayerischer Landfrauen in Berlin. In seiner Begrüßung würdigte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer das außerordentliche Engagement der weiblichen Gäste für die bäuerliche Landwirtschaft. So sei es nicht zuletzt ein Verdienst der Landfrauen, wenn Themen rund um die Zukunft der ländlichen Räume wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken.

Zugleich versicherte Dr. Ramsauer in Anwesenheit des CSU-Parteivorsitzenden Erwin Huber, dass die CSU-Landesgruppe auch künftig wie keine zweite politische Kraft im Deutschen Bundestag für verlässliche Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft eintreten und - wenn nötig - entschieden kämpfen werde.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Dr. Ramsauer, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hartmut Koschyk sowie weiteren führenden Mitgliedern der CSU-Landesgruppe standen die Belange des ländlichen Raums und der landwirtschaftlichen Betriebe. Intensiv wurden vor allem Fragen der Erbschaftssteuerreform, eines zügigen Ausbaus schneller Internet-Verbindungen im ländlichen Raum sowie der Strukturförderung diskutiert.



v.l.n.r.:
Hartmut Koschyk, Hans Michelbach, der CSU-Vorsitzende Erwin Huber und Peter Ramsauer mit Vertreterinnen der Bayerischen Landfrauen